



Mitte-Präsident Gerhard Pfister prangert hohe Ärztelöhne an «Arena» zur Kostenbremseinitiative Pfister warb für seine Initiative und duellierte sich mit FMH-Präsidentin Yvonne Gilli.

Cyrell Pinto

Gerhard Pfisters Ausgangslage vor dem Start der SRF-«Arena» war denkbar schlecht: Eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer dürfte am Abstimmungssonntag vom 9. Juni ein Nein zur Kostenbremseinitiative in die Urne werfen. Das ergab diese Woche eine Umfrage im Auftrag von Tamedia. Nur noch 45 Prozent wollen sicher oder eher ein Ja in die Urne werfen. Damit ist der Anteil der Befürworter gegenüber der ersten Befragung deutlich zurückgegangen. Dabei fordert die Initiative genau das, was seit Jahren die Debatte in der Gesundheitspolitik dominiert: dass die Kosten im Gesundheitswesen gebremst werden.

Laut der Mitte, welche die Initiative eingereicht hat, soll die Bremse greifen, sobald die Gesundheitskosten stärker steigen als die Löhne. Dann sollen Behörden und Gesundheitsakteure Massnahmen ergreifen, um die Kosten zu stabilisieren und entsprechend auch das Kostenwachstum bei den Prämien zu bremsen. Doch wie dies genau geschehen soll, lässt die Initiative offen. Akteure im Gesundheitswesen, etwa Spitäler oder Ärzte, sollen dazu verpflichtet werden, verbindliche Massnahmen zu vereinbaren. Wirken diese nicht und steigen die Prämien stärker als die Löhne, müssen Bund und Kantone eingreifen. Möglich wären Kürzungen bei den Abrechnungstarifen. Ärzte, Apotheken oder Spitäler würden in der Folge weniger Geld für ihre Leistungen erhalten.

Ausser der Mitte lehnen alle Parteien die Vorlage ab, wie auch der Bundesrat. Am Freitagabend machte Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (SP) klar, weshalb sie gegen die Vorlage ist: Die starre Verknüpfung zwischen Gesundheitskosten und Löhnen sei nicht korrekt. Man könne im Gesundheitswesen sparen, sagte sie. «Aber nicht so.» Im Zentrum der «Arena» stand jedoch die Auseinandersetzung zwischen Mitte-Präsident Gerhard Pfister und der Präsidentin des Ärzteverbands FMH, Yvonne Gilli.

Pfister geisselte die hohen Säläre von Chirurgen und Spitzenverdienern im Gesundheitswesen. Die Drohung mit Rationierungen



Gerhard Pfister (Mitte) und Elisabeth Baume-Schneider (SP).

und Leistungseinschränkungen sei pure Angstmacherei der Gesundheitslobby. Jeder in der Branche sperre sich gegen Veränderungen. Das System würden Ärzte ausnutzen, um abzukassieren. Pfister nannte etwa das Beispiel eines Arztes, der an einem Tag Leistungen für 28 Stunden Arbeit abgerechnet habe.

5 bis 6 Milliarden Franken könne man locker einsparen, ohne dass die Qualität darunter leide, sagte Pfister und zitierte dabei eine vom Bundesrat in Auftrag

gegebene Studie: 38 Massnahmen seien darin aufgeführt, um die Kosten zu reduzieren. Doch immer heisse es: «Nicht so, nicht jetzt und nicht bei uns», so Pfister. Die Mitte-Initiative Sorge dafür, dass das Kartell im Gesundheitswesen aufgebrochen werde. Gilli bestritt nicht, dass es mitunter zu Missbrauch kommt. Sie betonte, sie befürworte strafrechtliche Untersuchungen in solchen Fällen. Doch das starke Kostenwachstum der letzten Jahre flache jetzt ab, sagte sie. Im Parlament seien zwei Vorlagen gegen ein weiteres Kostenwachstum aufgegleist.

«Pure Angstmacherei»

Pfister und Gilli dominierten zwar die Sendung – aber ab und zu kamen auch andere zu Wort. Mitte-Ständerat Erich Ettl, der an Pfisters Seite die Initiative verteidigte, nutzte ein Bild aus der Medizin: «Es muss wehtun, damit sich etwas bewegt.» Im Gesundheitswesen brauche es etwas Ähnliches wie die Schuldenbremse für die Staatsrechnung.

Ständerat Hannes Germann (SVP, SH) hielt dagegen, die Rechnung sei einfach: Tarife \times Menge = Kosten. Die bereits geplanten Kostendämpfungspakete würden an der richtigen Stelle wirksam. Die Initiative hingegen berge Risiken: «Wir wollen keine Rationierung wie in anderen Ländern, wo man lange auf eine Operation warten muss.»

Pure Angstmacherei sei das, konterte der Präsident der Jungen Mitte, Marc Rüdüsüli. Mit den



Paketen zu den Kostendämpfungen sei man im Parlament auf gutem Weg, sagte auch Bundesrätin Baume-Schneider in ihrem kurzen Schlusswort. Die Initiative brauche es deshalb nicht, sagte die Bundesrätin, die in dieser Arena zur Statistin wurde.

Er werde auch nach dem 9. Juni für tiefere Prämien kämpfen, sagte Pfister am Ende der Sendung. Es klang fast so, als habe er die Abstimmung bereits verloren.